

03.02.16

K

Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungs- förderungsgesetzes (BAföG-FormblattVwV 2016)

A. Problem und Ziel

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wird gemäß Artikel 104a Absatz 3, Artikel 85 GG in Verbindung mit § 39 Absatz 1 des Gesetzes im Auftrag des Bundes von den Ländern durchgeführt. Um eine bundeseinheitliche Durchführung des Gesetzes zu gewährleisten, hat zuletzt das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit Zustimmung des Bundesrates gemäß § 46 Absatz 3 des Gesetzes die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter vom 05. April 2011 (GMBI. 2011 S. 201) erlassen. Die Formblätter sind zur Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach dem BAföG erforderlich.

Die Neufassung dient der Anpassung der Formblätter an die gesetzlichen Änderungen durch das Fünfundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2475). Die Überarbeitung der Formblätter ist durch die Formblattkommission erfolgt, in der Verantwortliche aus der Vollzugspraxis vertreten sind. Zudem hat eine Beteiligung der Obersten Landesbehörden für Ausbildungsförderung stattgefunden. Bei der Überarbeitung der Formblätter wurden die bei der letzten Novellierung 2011 in die Überarbeitung einbezogenen Verbesserungsvorschläge, die im Abschlussbericht „Einfacher zum Studierenden-BAföG (März 2010)“ des Nationalen Normenkontrollrats enthalten sind, berücksichtigt.

B. Lösung

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 BAFöG wird neu gefasst.

C. Alternativen

keine

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine

E. Erfüllungsaufwand

1. Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand.

2. Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Durch die Verwaltungsvorschrift wird kein Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft begründet.

Die Anforderungen der seit dem 1. Juli 2015 geltenden „one in, one out-Regel“ kommen nicht zur Anwendung.

3. Erfüllungsaufwand der Verwaltung

1. Einmalige Kosten für auszutauschende Formblätter entstehen bei den Ländern und Kommunen in Höhe von rund 100.000 Euro. Auf den Bund kommen Kosten in Höhe von ca. 14.000 Euro für die barrierefreie Veröffentlichung im Internet zu.

2. Der Verwaltungsvollzug erfolgt durch die nach dem BAFöG für die Ausführung des Gesetzes zuständigen, vorhandenen Behörden; weitere zusätzliche Verwaltungskosten entstehen durch diese Verwaltungsvorschrift nicht.

F. weitere Kosten

Auswirkungen auf Einzelpreise, das Preisniveau und insbesondere das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten.

Bundesrat

Drucksache 61/16

03.02.16

K

**Allgemeine
Verwaltungsvorschrift**
der Bundesregierung

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der
Formblätter nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungs-
förderungsgesetzes (BAföG-FormblattVwV 2016)**

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, 3. Februar 2016

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Stanislaw Tillich

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter
nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
(BAföG-FormblattVwV 2016)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 85 Absatz 2 des
Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter
nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
(BAföG-FormblattVwV 2016)**

Nach Artikel 85 Absatz 2 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2475) erlässt die Bundesregierung folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift:

Artikel 1

- (1) Als Formblätter, auf denen die zur Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erforderlichen Tatsachen anzugeben sind, werden die anliegenden Formblätter 1 - einschließlich der Anlagen 1 und 2 zu Formblatt 1 -, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8 bestimmt.
- (2) An den mit einem Stern gekennzeichneten Stellen der Versicherung des Erklärenden in Formblatt 3 Seite 4 Spiegelstrich 5 sind die Bedarfssätze nach § 12 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes, nach § 13 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 2 und § 13a Absatz 1 und Absatz 2 des Gesetzes, nach § 13 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 des Gesetzes und nach § 13 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 2 und § 13a Absatz 1 und Absatz 2 des Gesetzes in der zu Beginn des Bewilligungszeitraums, für den Ausbildungsförderung beantragt wird, maßgeblichen Höhe einzusetzen.
- (3) Die Auszubildenden können den Besuch der Ausbildungsstätte außer durch das Formblatt 2 auch durch eine von der jeweiligen Ausbildungsstätte maschinell erstellte Bescheinigung nachweisen, die alle im Formblatt 2 für diese Auszubildenden vorgesehenen Angaben enthält.
- (4) Die Auszubildenden können den Leistungsnachweis nach § 48 des Gesetzes außer durch das Formblatt 5 auch durch den Nachweis der individuell erreichten Zahl von ECTS-Leistungspunkten erbringen, wenn die bei geordnetem Verlauf der Ausbildung bis zum Ende des jeweils erreichten Fachsemesters übliche Zahl an ECTS-Leistungspunkten nicht unterschritten wird.
- (5) Die Ämter für Ausbildungsförderung im Land Bayern können die Formblätter 1 - einschließlich der Anlagen 1 und 2 zu Formblatt 1 -, 2, 3, 4, 7 und 8 in einer für den Vollzug des Bayerischen Ausbildungsförderungsgesetzes ergänzten Fassung

verwenden. Die Ergänzung bedarf der Zustimmung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

- (6) Werden Formblätter elektronisch bereitgestellt und elektronisch dem Amt für Ausbildungsförderung vorgelegt, kann eine Grauabstufung der Formblätter entfallen. Sollte eine elektronische Antragstellung, die die Länder gem. § 46 Abs. 1 Satz 2 BAföG zum 01.08.2016 zu ermöglichen haben, Anpassungen der Formblätter erforderlich machen, kann das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine Anpassung für die elektronische Antragstellung vornehmen.

Artikel 2

Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 05. April 2011 (GMBL. 2011 S. 201) außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den

Die Bundeskanzlerin

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung

Begründung:

Aufgrund der Rechtsänderungen durch das Fünfundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2475) ergibt sich die Notwendigkeit, die zur Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erforderlichen Antragsformblätter entsprechend anzupassen.

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes wird dazu neu erlassen und ersetzt die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 05. April 2011 (GMBL. 2011 S. 201).

Die Formblätter sind in der Formblattkommission überarbeitet und mit den Obersten Landesbehörden für Ausbildungsförderung abgestimmt worden. Bei der Überarbeitung der Formblätter wurden die bei der letzten Novellierung 2011 in die Überarbeitung einbezogenen Verbesserungsvorschläge, die im Abschlussbericht „Einfacher zum Studierenden-BAföG (März 2010)“ des Nationalen Normenkontrollrats enthalten sind, berücksichtigt.

Stand 2016

Bitte füllen Sie diese Anlage sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

Hinweis: Sie sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann Ihnen die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 1

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1

Antrag auf Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

2

Ich beantrage Ausbildungsförderung für den Besuch der/des

Ausbildungsstätte
Klasse/Fachrichtung
angestrebter Abschluss

3

4

5

in Vollzeit in Teilzeit

6

Ich habe bereits früher einen Antrag auf Ausbildungsförderung gestellt nein ja, und zwar beim

Amt für Ausbildungsförderung	bisherige Amts- und Förderungsnummer
------------------------------	--------------------------------------

7

8

Personenbezogene Angaben

Name	Geburtsname	Geburtsort
Vorname	Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich

9

10

Steueridentifikationsnummer

11

12

ledig verheiratet/in eingetragener Lebenspartnerschaft seit* dauernd getrennt lebend seit* verwitwet seit*

13

geschieden/aufgehoben seit* Datum*

Tag	Monat	Jahr

 * Datumsangabe nur bei Änderung gegenüber der letzten Erklärung

14

Staatsangehörigkeit deutsch andere, und zwar **B** Staatsangehörigkeit des Ehegatten/eingetr. Lebenspartners

15

Anschrift am ständigen Wohnsitz

Straße, Hausnummer	bei
ggf. Ausl.-Kennbuchstaben PLZ Ort	E-Mail - Angabe empfohlen
Bundesland	Telefon (mit Vorwahl) - Angabe empfohlen

16

17

18

19

Anschrift der Unterkunft während der Ausbildung (soweit bereits bekannt)

Straße, Hausnummer	bei
ggf. Ausl.-Kennbuchstaben PLZ Ort	E-Mail - Angabe empfohlen
Bundesland	Telefon (mit Vorwahl) - Angabe empfohlen

20

21

22

23

Meine Bankverbindung

Name und Sitz des Geldinstituts
IBAN
BIC
Sofern dies nicht Ihr eigenes Konto ist: Name und Vorname des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (Legitimation durch gültigen Personalausweis erforderlich)

24

25

26

27

28

Der Bescheid sowie sonstiger Schriftverkehr sollen übersandt werden an:

29

mich (Zeile 15 bis 18) mich (Zeile 19 bis 22) **oder** meinen Vater meine Mutter meine/n Sorgeberechtigte/n

30

Angaben über meine leiblichen Eltern oder meine Adoptiveltern:

31

Vater: Name	Vorname	Geburtsdatum	verstorben am
Straße, Hausnummer	ggf. Ausl.-Kennbuchstaben	PLZ	Ort

32

33

Staatsangehörigkeit: deutsch andere, und zwar

34

Mutter: Name	Vorname	Geburtsdatum	verstorben am
Straße, Hausnummer	ggf. Ausl.-Kennbuchstaben	PLZ	Ort

35

36

Staatsangehörigkeit: deutsch andere, und zwar

37

Wenn beide Eltern leben, sind sie miteinander verheiratet oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft verbunden? ja nein dauernd getrennt lebend

B

Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile Name, Vorname der/des Auszubildenden

38 Die Zeilen 39 bis 42 brauchen Sie nur auszufüllen, wenn Sie **Schülerin/Schüler** sind.

39 Die elterliche Sorge/Das Aufenthaltsbestimmungsrecht B für mich ist/war zuerkannt worden durch das

40	Vormundschafts- oder Familiengericht	Aktenzeichen	am	Tag	Monat	Jahr			
	Name der/des Sorgeberechtigten	Vorname	ggf. Geburtsname						
41	Anschrift								

42 Ich führe einen eigenen Haushalt ja nein

43 Angaben über meine Kinder - ohne Stief- und Pflegekinder - (weitere Kinder bitte auf gesondertem Blatt angeben)

44		1. Kind	2. Kind
45	Name, Vorname		
46	Geburtsdatum		
47	Name der Ausbildungsstätte		
48	Art des Ausbildungsverhältnisses <input type="checkbox"/> B		
49	wohnt in meinem Haushalt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
50	Bruttoeinnahmen des Kindes im Bewilligungszeitraum monatlich <input type="checkbox"/> B	in vollen Euro	in vollen Euro

51 Für mich werden gezahlt oder es wurden beantragt: B

52 Leistungen von einem Begabtenförderungswerk ja nein

53 Anwärterbezüge oder ähnliche Leistungen aus öffentlichen Mitteln während meiner Ausbildung ja nein

54 Leistungen für die berufliche Weiterbildung nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch ja nein

55 zuständige Agentur für Arbeit/ zuständiges Jobcenter

56 Angaben zur Wohnung während der Ausbildung

57 Ich wohne mit meinen Eltern/einem Elternteil in häuslicher Gemeinschaft ja nein B

58 Wenn Zeile 57 verneint wurde: Mein Wohnraum ist im Eigentum/Miteigentum meiner Eltern bzw. eines Elternteils ja nein

59 Wenn Zeile 57 verneint wurde: Schülerinnen/Schüler geben bitte Gründe an (siehe Erläuterungen).

60

61

62 Bei Internatsunterbringung bitte Heimkosten angeben monatlich Euro B
(ohne Schulgeld und ohne behinderungsbedingte Pflegekosten)

63 Angaben zur Krankenversicherung während der Ausbildung

64 Ich bin gesetzlich familienversichert studentisch gesetzlich versichert B privatversichert B
 in einem anderen Versicherungsverhältnis (z. B. aus Arbeits-, Waisenrenten- oder Praktikumsverhältnissen)

65 Angaben zur Pflegeversicherung während der Ausbildung

66 Ich bin selbst beitragspflichtig pflegeversichert nein ja B

67 Nur für Studierende an Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen

68 Soweit mir Ausbildungsförderung nur in Form eines verzinslichen Bankdarlehens zustehen sollte, bitte ich das Kreditangebot auf folgenden monatlichen Darlehensbetrag zu begrenzen: Euro

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

69 während der Ausbildung **B**

70 Ich werde im **Bewilligungszeitraum (BWZ)** vom

Monat	Jahr			
-------	------	--	--	--

 bis

Monat	Jahr			
-------	------	--	--	--

Bitte teilen Sie uns Änderungen des Einkommens im Laufe des BWZ unverzüglich mit.

71 also in

--	--

Kalendermonaten voraussichtlich Einnahmen erzielen **Betrag im gesamten BWZ in vollen Euro**

72 **nein; bitte weiter ab Zeile 88** **ja, und zwar:**

73 Waisenrente und/oder Waisengeld (einschl. Weihnachtsgeld) Euro

--	--	--	--	--

74 Ausbildungs- und Praktikumsvergütung brutto - auch Sachbezüge Euro

--	--	--	--	--

75 Voraussichtliche Brutto-Einnahmen aus bestehenden oder ruhenden Arbeitsverhältnissen, Ferien-, Gelegenheitsarbeiten, Mini-Jobs Euro

--	--	--	--	--

76 Darin ist ein Arbeitgeberanteil zu vermögenswirksamen Leistungen enthalten ja

77 Sonstige Renten (z. B. Unfallrenten) Euro

--	--	--	--	--

78 Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Vermietung und Verpachtung, Land- und Forstwirtschaft Euro

--	--	--	--	--

79 Einkünfte aus Kapitalvermögen (z. B. Sparzinsen) Euro

--	--	--	--	--

80 Einnahmen aus der **BAföG-Einkommensverordnung** (nicht: laufende BAföG-Zahlungen) - die Verordnung ist abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 1 - Euro

--	--	--	--	--

81 Unterhaltsleistungen meines dauernd von mir getrennt lebenden oder meines geschiedenen Ehegatten bzw. nicht mehr verbundenen eingetragenen Lebenspartners oder sonstiger unterhaltspflichtiger Personen (nicht der Eltern) monatlich Euro

--	--	--	--	--

82 Zuwendungen von Firmen oder privaten Stiftungen (z. B. Stipendien) Euro

--	--	--	--	--

83 Ausbildungsbeihilfen und gleichartige Leistungen aus öffentlichen Mitteln sowie Förderungsleistungen anderer Staaten, soweit sie zur Deckung des Lebensunterhalts oder der üblichen Ausbildungskosten bestimmt sind (z. B. Stipendien, AFBG) Euro

--	--	--	--	--

84 Sonstige Ausbildungsbeihilfen Euro

--	--	--	--	--

85 Einnahmen, die zur Deckung des Unterhaltsbedarfs

86 a) meines Ehegatten/meines eingetragenen Lebenspartners bestimmt sind Euro

--	--	--	--	--

87 b) meiner Kinder bestimmt sind Euro

--	--	--	--	--

88 Ich habe folgende noch nicht bewilligte Sozialleistungen beantragt (z. B. Waisenrente, AFBG)

--	--	--	--	--

89 Ich zahle geförderte Altersvorsorgebeiträge nach § 82 EStG (Beiträge zur "Riester-Rente") Euro

--	--	--	--	--

90 Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf **besonderen Antrag** über die üblichen Freibeträge hinaus ein weiterer Teil des Einkommens anrechnungsfrei bleiben, soweit er zur Deckung besonderer Kosten der Ausbildung (z. B. Schulgeld) erforderlich ist. Dieser Antrag muss schriftlich spätestens bis zum Ende des Bewilligungszeitraums gestellt werden. Ein Formblatt ist hierfür nicht erforderlich.

91 **Angaben zu meinem Vermögen zum Zeitpunkt der Antragstellung** **B** **Wert in vollen Euro**

92 Höhe des Barvermögens (Bargeld) Euro

--	--	--	--	--

93 Höhe des Bank- und Sparguthabens, einschließlich des Guthabens auf Girokonten Euro

--	--	--	--	--

94 Höhe des Bauspar- und Prämiensparguthabens Euro

--	--	--	--	--

95 Kraftfahrzeuge (Zeitwert) Euro

--	--	--	--	--

96 Höhe des steuerlich geförderten Altersvorsorgevermögens ("Riester-Rente") Euro

--	--	--	--	--

97 Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro

--	--	--	--	--

98 Sonstige unbebaute Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro

--	--	--	--	--

99 Sonstige bebaute Grundstücke (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro

--	--	--	--	--

100 Betriebsvermögen (auch Miteigentumsanteile; Zeitwert) Euro

--	--	--	--	--

101 Wertpapiere (z. B. Aktien, Pfandbriefe, Schatzanweisungen, Wechsel, Schecks; Kurswert) Euro

--	--	--	--	--

102 Lebensversicherungen (Rückkaufswert) Euro

--	--	--	--	--

103 Forderungen und sonstige Rechte Euro

--	--	--	--	--

104 Sonstige Vermögensgegenstände Euro

--	--	--	--	--

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Meine Schulden und Lasten

105

zum Zeitpunkt der Antragstellung **B**

106

Hypotheken, Grundschulden und sonstige Belastungen auf einem der genannten Vermögenswerte

Euro

107

Lasten, z. B. Verpflichtungen zu wiederkehrenden Leistungen, Beschränkungen des Eigentums zu Gunsten Dritter (Nießbrauch, Rentenverpflichtung)

Euro

108

Sonstige Schulden, auch Verbindlichkeiten aus Studienkrediten und dem Bildungskreditprogramm des Bundes, nicht jedoch Darlehen nach dem BAföG

Euro

109

Nicht anzurechnende Vermögenswerte**B**

110

Übergangsbeihilfen nach den §§ 12 und 13 des Soldatenversorgungsgesetzes sowie nach § 13 Abs. 1 des Bundespolizeibeamtengesetzes

Euro

111

Vermögenswerte, deren Verwertung aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist

Euro

112

Zur Vermeidung unbilliger Härten kann über die üblichen Freibeträge hinaus ein weiterer Teil des Vermögens anrechnungsfrei bleiben.

113

Mir ist bekannt,

114

- dass falsche oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden;

115

- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage (z. B. des von mir erzielten Einkommens) sowie der Familien- und Ausbildungsverhältnisse (auch der Geschwister), über die im Rahmen dieses Antrags Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen;

116

- dass die im Rahmen dieses Antrags gemachten Angaben zu meinem Einkommen beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen;

117

- dass Vermögenswerte auch dann meinem Vermögen zuzurechnen sind, wenn ich diese rechtsmissbräuchlich übertragen habe. Dies ist der Fall, wenn ich in zeitlichem Zusammenhang mit der Aufnahme der förderungsfähigen Ausbildung bzw. der Stellung des Antrags auf Ausbildungsförderung oder während der förderungsfähigen Ausbildung Teile meines Vermögens unentgeltlich oder ohne gleichwertige Gegenleistung an Dritte, insbesondere an meine Eltern oder andere Verwandte, übertragen habe;

118

- dass die im Rahmen dieses Antrags gemachten Angaben zu meinem Vermögen durch einen Datenabgleich (§ 41 Abs. 4 BAföG i. V. m. § 45d EStG) und durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen.

119

- dass im Fall der Inanspruchnahme von Ausbildungsförderung in Form eines verzinslichen Bankdarlehens der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die für die Darlehensrückerstattung erforderlichen Daten zwischen der KfW und dem Bundesverwaltungsamt ausgetauscht werden und dass die KfW die Auszahlungsdaten dem zuständigen Amt für Ausbildungsförderung übermittelt.

120

Ich bestätige, dass ich die Erläuterungen zum Antrag auf Ausbildungsförderung - Formblatt 1 - zur Kenntnis genommen habe.

121

Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen wurden.

122

Ort, Datum

Unterschrift der/des Auszubildenden

123

Ort, Datum

Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin / des gesetzlichen Vertreters *
der/des Auszubildenden

124

* Nur erforderlich bei Auszubildenden unter 15 Jahren (immer) und bei minderjährigen Auszubildenden über 15 Jahren, die eine Höhere Fachschule, Akademie oder Hochschule besuchen oder ein Praktikum absolvieren, das mit dem Besuch dieser Ausbildungsstätten im Zusammenhang steht

B

Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Bitte füllen Sie die Anlage sorgfältig in Druckschrift aus.

Hinweis: Sie sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann Ihnen die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Anlage 1 zu Formblatt 1

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1 Schulischer und beruflicher Werdegang

(Nur auszufüllen bei einem Erstantrag, nach einer Unterbrechung der Ausbildung oder bei einem Antrag auf Förderung einer Ausbildung im Ausland.)

2	Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
3	Vorname	Geburtsdatum

4 **Bitte machen Sie lückenlose, chronologische Angaben über Folgendes: Ihre bisherige schulische Ausbildung, betriebliche Ausbildung, Praktika, Ausbildung an Höheren Fachschulen, Akademien, Hochschulen** (auch Ausbildung an Fernlehrinstituten); **Zeiten der Erwerbstätigkeit und ihnen gleichgestellte Zeiten** (gleichgestellt ist die Haushaltsführung eines Elternteils, der zumindest ein Kind unter 10 Jahren oder ein Kind, das behindert und auf Hilfe angewiesen ist, im eigenen Haushalt zu versorgen hat); **Wehr- und Zivildienst** sowie ihnen gleichgestellte Zeiten (z. B. freiwilliges soziales Jahr oder freiwilliges ökologisches Jahr); Krankheiten, die mit Arbeitsunfähigkeit verbunden waren; Beschäftigungsverbote nach den Mutterschutzbestimmungen; Erwerbsunfähigkeit; Arbeitslosigkeit; Teilnahme an einer Maßnahme zur medizinischen oder beruflichen Rehabilitation; Maßnahmen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch für die berufliche Weiterbildung.

Andere als die genannten Zeiten (z. B. längere Ferienzeiten) bezeichnen Sie bitte als "Zwischenzeit".

5 **Bitte beachten:** Erreichen die Zeiten der Erwerbstätigkeit und die ihnen gleichgestellten Zeiten 3 Jahre, bitte Nachweis vorlegen (z. B. Berufsabschlüsse, Versichertennachweis).

6	von Monat/Jahr	bis Monat/Jahr	Name und Anschrift der Ausbildungsstätte, der Praktikumsstelle, des Arbeitgebers/Leistungsträgers	Schulart/Fachrichtung Art der Tätigkeit	Erreichter Abschluss (genaue Bezeichnung, Datum des Zeugnisses) bzw. Bruttolohn/Höhe der Leistung monatlich in Euro
7	08/03	08/09	Realschule, Musterstadt	Realschule	Realschulabschluss
8	09/09	08/12	Fa. Mustermann & Co., Musterstadt	Berufsausbildung zum Schlosser	Gesellenbrief/Facharbeiterbrief 15.08.2012
9	09/12	06/14	Fachoberschule/Berufskolleg, Musterstadt	Technischer Zweig	Fachhochschulreife 16.06.2014
10	07/14	03/15	Fa. Müller & Co., Musterhausen	Aushilfstätigkeit	900,- Euro
11	04/15	08/15	Zwischenzeit		
12	09/15		Fachhochschule, Musterstadt	Elektrotechnik	
13					
14					
15					
16					
17					
18					
19					
20					
21					
22					
23					
24					
25					ggf. Fortsetzung auf der Rückseite

26 **Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind. Mir ist bekannt, dass Nachweise verlangt werden können.**

27	Ort, Datum	Ort, Datum
28	Unterschrift der/des Auszubildenden	Bei Auszubildenden unter 15 Jahren auch Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/ des gesetzlichen Vertreters der/des Auszubildenden

Bitte füllen Sie diese Anlage sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.
Hinweis: Sie sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann Ihnen die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Zeile

Anlage 2 zu Formblatt 1

Förderungsnummer																			
Eingangsstempel																			

Zusatzblatt für den 1 **Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG** für Kinder unter zehn Jahren

2 Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
3 Vorname	Geburtsdatum

4 **Angaben über meine Kinder, die mit mir in einem Haushalt leben - ohne Stief- und Pflegekinder -**
 (weitere Kinder auf gesondertem Blatt angeben)

	Name, Vorname	Geburtsdatum
5		
6 1. Kind		
7 2. Kind		
8 3. Kind		

9 **Erklärung des anderen Elternteils**

Name, ggf. Geburtsname, Vorname

10 **Ich**

11 **erkläre, dass ich für das/die in**

12 Zeile 6 Zeile 7 Zeile 8

13 **genannte Kind/genannten Kinder weder einen Kinderbetreuungszuschlag nach dem BAföG beziehe noch geltend gemacht habe und dass ich damit einverstanden bin, dass die/der Auszubildende den Kinderbetreuungszuschlag für dieses Kind/ diese Kinder erhält.**

14 **Mir ist bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben unter Umständen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können.**

15 Ort, Datum

Unterschrift des anderen Elternteils, der im gemeinsamen Haushalt lebt

16 **Mir ist bekannt,**

- 17 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung in den Familienverhältnissen, über die in dieser Erklärung Angaben gemacht worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen;
- 18 - dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können, und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.

19 Ort, Datum

Unterschrift der/des Auszubildenden

Stand: 2016
Zeile

Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

Hinweis für Studierende:

Sofern Sie von Ihrer Hochschule eine **Immatrikulationsbescheinigung nach § 9 BAföG erhalten haben, gilt sie als Ersatz für dieses Formblatt.**

Formblatt 2

Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
Vorname	Geburtsdatum

Förderungsnummer

Amt für Ausbildungsförderung, bei dem der BAföG-Antrag gestellt wird

--

Eingangsstempel

Bescheinigung nach § 9 BAföG

über den Besuch einer Ausbildungsstätte, die Teilnahme an einem Praktikum/ Fernunterrichtslehrgang

Name der Ausbildungsstätte/Praktikumsstelle/des Fernlehrinstituts
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

Ab hier von der AUSBILDUNGSSTÄTTE auszufüllen!
 Auszufüllen ist jeweils nur der betroffene Bereich A, B, C oder D.
 Die Ausbildungsstätten und Fernlehrinstitute sind gemäß § 47 BAföG verpflichtet, die Bescheinigung zu erteilen.
 Bitte melden Sie auch unentschuldigtes Fernbleiben von mehr als 3 Tagen oder 30 % der monatlichen Unterrichtszeit.

A. Ausbildungsstätte: Schule ab Klasse 10

Angaben für das Schuljahr **20** / **20**

- | | | |
|---|---|---|
| <input type="checkbox"/> Gymnasium, integrierte Gesamtschule, Realschule, Hauptschule | <input type="checkbox"/> Berufsfachschule, deren Besuch keinen berufsqualifizierenden Abschluss vermittelt | <input type="checkbox"/> Abendhauptschule |
| <input type="checkbox"/> Fachoberschule, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt | <input type="checkbox"/> einen berufsqualifizierenden Abschluss vermittelt | <input type="checkbox"/> Berufsaufbauschule |
| <input type="checkbox"/> eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt | <input type="checkbox"/> Fachschule, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt | <input type="checkbox"/> Abendrealschule |
| <input type="checkbox"/> Sonstige Schulart/Ausbildungsstätte | <input type="checkbox"/> eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt | <input type="checkbox"/> Abendgymnasium |
| <input type="checkbox"/> Ausbildungsstätte, die durch Rechtsverordnung nach § 2 Abs. 3 BAföG in den Förderungsbereich einbezogen ist. | <input type="checkbox"/> Kolleg | |

Fachliche Richtung/Berufsfeld/ Bezeichnung des Lehrgangs	
--	--

Klasse/Jahrgangsstufe		Semester	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 6	<input type="checkbox"/> 7	<input type="checkbox"/> 8
-----------------------	--	----------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------	----------------------------

Bei Besuch der Klasse 12 einer Fachoberschule: Werden in der besuchten Klasse ausschließlich Schüler/-innen mit abgeschlossener Berufsausbildung unterrichtet? ja nein

Wird die Klasse/ die Jahrgangsstufe/ das Semester wiederholt? nein ja, und zwar weil das Klassenziel nicht erreicht wurde weil die Ausbildungsstätte dies empfohlen hat freiwillig

Beginn der angekreuzten Ausbildung (erster Schultag)	Tag	Monat	Jahr			
--	-----	-------	------	--	--	--

Voraussichtlicher Zeitpunkt des Abschlusses der Abschlussprüfung an der Ausbildungsstätte	Tag	Monat	Jahr				Art des Abschlusses
---	-----	-------	------	--	--	--	---------------------

Letzter Schultag bei Ausbildung ohne Abschlussprüfung	Tag	Monat	Jahr			
---	-----	-------	------	--	--	--

Werden Teile der Ausbildung im Ausland durchgeführt? nein ja,

von	Monat	Jahr			bis	Monat	Jahr			in	Staat
von	Monat	Jahr			bis	Monat	Jahr			in	Staat

Werden mindestens 20 Wochenstunden vorgeschriebener Unterricht erteilt? ja nein

Bei privaten Ausbildungsstätten: Zahl der Ferienwerkstage im Ausbildungsjahr einschließlich Samstagen

Bei Internatsunterbringung: Heimkosten (ohne Schulgeld und ohne behinderungsbedingte Pflegekosten) monatlich Euro **B**

Kostenfreie Monate

Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 10 bis 28 richtig und vollständig sind.

Es ist bekannt, dass die Ausbildungsstätte verpflichtet ist, das genannte Amt für Ausbildungsförderung unverzüglich zu unterrichten, wenn die/der Auszubildende die Ausbildung abbricht bzw. nach Anmeldung bei der Ausbildungsstätte nicht aufnimmt und ein Verstoß gegen diese Verpflichtungen als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann.

Ort, Datum	- Stempel -	Unterschrift der Ausbildungsstätte
------------	-------------	------------------------------------

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

31 B. Ausbildungsstätte: Praktikumsstelle

32 Das Praktikum wird in der fachlichen Richtung in Zusammenhang mit dem Besuch der
 33 Schulform/Ausbildungsstättenart und Fachrichtung; soweit bereits bekannt, Name und Anschrift der Ausbildungsstätte

34 vom

Tag	Monat	Jahr			
-----	-------	------	--	--	--

 bis

Tag	Monat	Jahr			
-----	-------	------	--	--	--

 durchgeführt.

35 **Praktikumsvergütung einschließlich Sonderzuwendungen** monatlich oder gesamt Euro
 - brutto - (ohne Sachbezüge)

36 Sachbezüge nein ja Art der Sachbezüge

37 **Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 32 bis 36 richtig und vollständig sind.**

38

Ort, Datum

 - Stempel -

Unterschrift der Praktikumsstelle

39 C. Ausbildungsstätte: Höhere Fachschule, Akademie, Hochschule

40 Ersteinschreibung am

Tag	Monat	Jahr			
-----	-------	------	--	--	--

 41 Beginn des Studiums, für das diese Bescheinigung beantragt wird

Tag	Monat	Jahr			
-----	-------	------	--	--	--

 (erster Vorlesungstag)

42 Fachrichtung/Fachbereich
 43 Hauptfächer / 1. Fach
 44 Nebenfächer / 2. Fach und weitere

45 Das WS/SS / ist bezogen auf das erste Hauptfach/ 1. Fach - das Fachsemester
 46 2. Fach - das Fachsemester
 47 3. Fach - das Fachsemester

48

49 **Nur bei Hochschulen anzugeben:** Studium in Vollzeit Studium in Teilzeit
 50 Die Immatrikulation erfolgte aufgrund vorläufiger Zulassung.

51 **Nur bei Höheren Fachschulen und Akademien anzugeben:**

52 tatsächliche Wochenstundenzahl des planmäßigen Unterrichts

Stunden

 53 Zahl der Ferienwerkstage im Ausbildungsjahr, einschließlich Samstagen

Tage

54 **Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 40 bis 53 richtig und vollständig sind.**

55

Ort, Datum

 - Stempel -

Unterschrift der Höheren Fachschule, Akademie oder Hochschule

56 D. Ausbildungsstätte: Fernlehrinstitut

57

58 Beginn der Teilnahme

Monat	Jahr				
-------	------	--	--	--	--

 voraussichtlicher Abschluss

Monat	Jahr				
-------	------	--	--	--	--

59 Hat die/der Auszubildende in den letzten 6 Monaten erfolgreich an dem Lehrgang teilgenommen? ja nein
 60 Kann sie/er den Lehrgang in längstens zwölf Monaten beenden? ja nein
 61 Nimmt die Teilnahme an dem Lehrgang die Arbeitskraft der/des Auszubildenden voll in Anspruch? ja nein

62 Wenn ja, in welchen Monaten?
 63 Rechtliche Stellung des Fernlehrinstituts privater Träger öffentlich-rechtlicher Träger

64 **Es wird bestätigt, dass die Angaben zu den Zeilen 57 bis 63 richtig und vollständig sind.**

65

Ort, Datum

 - Stempel -

Unterschrift des Fernlehrinstituts

Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

Hinweis: Sie sind nach § 47 Abs. 4 BAföG i. V. m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 3

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1	Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
2	Vorname	
3	Geburtsdatum	Geburtsort

4 Einkommenserklärung des Ehegatten/ eingetragenen Lebenspartners des Vaters der Mutter

5 (Die Angaben zu den Zeilen 6 bis 46 beziehen sich auf den Bewilligungszeitraum)

6 Angaben zur Person

7	Name, ggf. Geburtsname	Vorname	Geburtsdatum
8	Straße, Hausnummer		Telefon (mit Vorwahl) - Angabe empfohlen
9	ggf. Ausl.- Kernbuchstaben	PLZ	Ort
			E-Mail - Angabe empfohlen

ledig verheiratet/in eingetragener Lebenspartnerschaft seit* dauernd getrennt lebend seit* verwitwet seit* geschieden/aufgehoben seit* Datum* Tag Monat Jahr * Datumsangabe nur bei Änderung gegenüber der letzten Erklärung

11 Erwerbstätig als Arbeiterin/ Arbeiter Angestellte/ Angestellter Beamtin/ Beamter Selbständige/ Selbständiger Nicht mehr erwerbstätig seit Monat Jahr

12 Kinder, soweit sie von Ihnen unterhalten werden, sich in Ausbildung befinden oder in Ihren Haushalt aufgenommen wurden. Mütter und Väter geben bitte die Antragstellerin/den Antragsteller nicht mit an.

(Weitere Kinder bitte auf zusätzlichem Blatt angeben)

	1. Kind	2. Kind	3. Kind
14	Name, Vorname		
15	Geburtsdatum		
16	Wohnung bei den Eltern/ einem Elternteil		
17	Gemeinsames Kind der Eltern der/des Auszubildenden		
18	bzw. gemeinsames Kind der/des Auszubildenden und des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners (eLP)		
19	Name der Ausbildungsstätte		
20	Art des Ausbildungsverhältnisses		
21	derzeitige Klasse/ derzeitiges Semester		
22	Ausbildungsbeginn		
23	voraussichtliches Ausbildungsende		
24	voraussichtlicher Abschluss als		
25	Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Förderung als behinderter Mensch		
26	Art der Einnahme(n)		
27	Einnahmen monatlich		

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

33 **Angaben zur Prüfung, ob weitere Freibeträge zu gewähren sind**

34 Ihnen gegenüber unterhaltsberechtigte **Person(en)** (z. B. geschiedener Ehegatte, dauernd von Ihnen getrennt lebender eingetragener Lebenspartner, zweiter Ehegatte, Eltern oder andere Verwandte in gerader Linie), soweit Sie Ihnen Unterhalt zahlen:

35	Name, ggf. Geburtsname	Vorname	Geburtsdatum
36	a)		
37	Name, ggf. Geburtsname	Vorname	Geburtsdatum
38	b)		

39 Gegebenenfalls Art der gegenwärtigen Ausbildung **B**

zu a)	vorauss. Abschluss am
zu b)	vorauss. Abschluss am

42 Verwandtschaftsverhältnis oder sonstiger Grund der gesetzlichen Unterhaltspflicht

43	zu a)
44	zu b)

45 Art und Höhe der Einnahmen der ab Zeile 34 genannten Person(en) im Bewilligungszeitraum **B**

zu a)	brutto	Euro	
zu b)	brutto	Euro	

46 **Ich beantrage für mich, die Antragstellerin/den Antragsteller oder eine andere mir gegenüber unterhaltsberechtigte Person einen Freibetrag/Freibeträge wegen einer anerkannten Behinderung.** ja **B**

47 **Für alle folgenden Fragen sind die Verhältnisse im vorletzten Kalenderjahr vor Beginn des Bewilligungszeitraumes (BWZ) maßgebend,**

48 also die des Kalenderjahres .

49 **Art der Erwerbstätigkeit**

- 50 erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z. B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung
- 51 erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z. B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in)
- 52 erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z.B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder auf Antrag wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in **B**
- 53 Personen im Ruhestandsalter, soweit sie nicht erwerbstätig sind, und sonstige Nichterwerbstätige

54 **Wurden** Sie für das nach den Zeilen 47 und 48 maßgebliche Kalenderjahr zur **Einkommensteuer** veranlagt? ja (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen) nein

55 **Werden** Sie noch für das nach den Zeilen 47 und 48 maßgebliche Kalenderjahr zur **Einkommensteuer** veranlagt? ja (Bescheid - **alle Seiten** - nach Erhalt in Kopie übersenden) nein

56 **Wurden** Sie nach § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG zur Antragstellung veranlagt (früherer **Lohnsteuerjahresausgleich**)? ja (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen) nein

57 Die Veranlagung erfolgt/erfolgte zusammen mit

- 58 der derzeitigen Ehegattin/ dem derzeitigen Ehegatten dem Vater der/des Auszubildenden der Mutter der/des Auszubildenden

Name des Finanzamt	Steuer-Nr.
59	

60 Haben Sie gegen den beigefügten Einkommensteuerbescheid ein Einspruchs-/Klageverfahren eingeleitet, das noch nicht abgeschlossen ist? ja

61 Angaben zur **Kirchensteuer**, soweit nicht im Einkommensteuerbescheid enthalten (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen) Jahressumme Euro

62 Angaben zur **Gewerbesteuer** (Bescheid - **alle Seiten** - in Kopie beifügen) Jahressumme Euro

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

	Name, Vorname der/des Auszubildenden	Name, Vorname der/des Erklärenden												
Zeile														
	Jahresbruttobetrag der Einnahmen	hierauf gezahlte/abgeführte Steuern												
63	Wenn keine Veranlagung zur Einkommensteuer durchgeführt worden ist und auch nicht mehr durchgeführt wird <input type="checkbox"/> B Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>	Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>												
64	Einkünfte aus Kapitalvermögen, soweit nicht bereits im Einkommensteuerbescheid enthalten <input type="checkbox"/> B	Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>												
65	Einnahmen aus geringfügiger Beschäftigung (Mini-Job) <input type="checkbox"/> B	Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>												
66	Beginn dieses geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses vor dem 01.01.2013 <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein													
67	Wenn Einnahmen im Ausland erzielt wurden <input type="checkbox"/> B													
68	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; font-size: x-small;"> <tr> <td style="width: 33%;">Staat</td> <td style="width: 16%;">Jahresbruttobetrag</td> <td style="width: 16%;">Währung</td> <td style="width: 16%;">Steuerbetrag</td> <td style="width: 19%;">Währung</td> </tr> <tr> <td><input style="width: 100%;" type="text"/></td> <td><input style="width: 100%;" type="text"/></td> <td><input style="width: 100%;" type="text"/></td> <td><input style="width: 100%;" type="text"/></td> <td><input style="width: 100%;" type="text"/></td> </tr> </table>	Staat	Jahresbruttobetrag	Währung	Steuerbetrag	Währung	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>			
Staat	Jahresbruttobetrag	Währung	Steuerbetrag	Währung										
<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>	<input style="width: 100%;" type="text"/>										
69	Einnahmen , die aufgrund des Auslandstätigkeitserlasses nicht versteuert wurden: <input type="checkbox"/> B Jahressumme Euro	<input style="width: 150px;" type="text"/>												
70	Wurden vom Arbeitgeber vermögenswirksame Leistungen erbracht? <input type="checkbox"/> ja													
71	Beiträge zur geförderten Altersvorsorge nach § 82 EStG (" Riester-Rente "): <input type="checkbox"/> B Jahressumme Euro	<input style="width: 150px;" type="text"/>												
72	Wenn noch kein Einkommensteuerbescheid vorliegt, Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs.1 Nr. 5 EStG <input type="checkbox"/> B Jahressumme Euro	<input style="width: 150px;" type="text"/>												
73	Renten (bitte Bescheide bzw. Rentenmitteilungen vollständig in Kopie beifügen)													
74	Art der Renten													
75	<input style="width: 200px;" type="text"/> Rentenbeginn <table border="1" style="font-size: x-small;"> <tr> <td style="width: 20px;">Tag</td> <td style="width: 20px;">Monat</td> <td style="width: 20px;">Jahr</td> <td style="width: 20px;"> </td> <td style="width: 20px;"> </td> <td style="width: 20px;"> </td> </tr> <tr> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> Jahresbruttobetrag Euro	Tag	Monat	Jahr				<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>				<input style="width: 150px;" type="text"/>
Tag	Monat	Jahr												
<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>												
76	<input style="width: 200px;" type="text"/> Rentenbeginn <table border="1" style="font-size: x-small;"> <tr> <td style="width: 20px;">Tag</td> <td style="width: 20px;">Monat</td> <td style="width: 20px;">Jahr</td> <td style="width: 20px;"> </td> <td style="width: 20px;"> </td> <td style="width: 20px;"> </td> </tr> <tr> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> Jahresbruttobetrag Euro	Tag	Monat	Jahr				<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>				<input style="width: 150px;" type="text"/>
Tag	Monat	Jahr												
<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>												
77	<input style="width: 200px;" type="text"/> Rentenbeginn <table border="1" style="font-size: x-small;"> <tr> <td style="width: 20px;">Tag</td> <td style="width: 20px;">Monat</td> <td style="width: 20px;">Jahr</td> <td style="width: 20px;"> </td> <td style="width: 20px;"> </td> <td style="width: 20px;"> </td> </tr> <tr> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td> <td><input style="width: 15px;" type="text"/></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> Jahresbruttobetrag Euro	Tag	Monat	Jahr				<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>				<input style="width: 150px;" type="text"/>
Tag	Monat	Jahr												
<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>	<input style="width: 15px;" type="text"/>												
78	Unterhaltsleistungen von <input style="width: 600px;" type="text"/>													
79	Verwandtschaftsverhältnis zur/zum Erklärenden <input style="width: 500px;" type="text"/>	Jahressumme Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>												
80	Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung (siehe Erläuterungen zu Formblatt 3) <input type="checkbox"/> B													
81	Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld	Jahressumme Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>												
82	Krankengeld	Netto-Jahressumme Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>												
83	Insolvenzgeld	Jahressumme Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>												
84	Übergangsgeld	Jahressumme Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>												
85	Kurzarbeitergeld	Jahressumme Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>												
86	Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten	Jahressumme Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>												
87	Haben Sie andere Einnahmen nach der BAföG-Einkommensverordnung bezogen?													
88	<input type="checkbox"/> nein													
89	<input type="checkbox"/> ja, und zwar <input type="checkbox"/> B <input style="width: 350px;" type="text"/>	Jahressumme Euro <input style="width: 150px;" type="text"/>												

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile

Name, Vorname der/des Auszubildenden

Name, Vorname der/des Erklärenden

90 Dieses Formblatt 3 kann dem Amt auch getrennt vom Antrag der/des Auszubildenden übersandt werden.

91 **Sollen Angaben über Ihr Einkommen nicht in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden, teilen Sie dies bitte dem Amt für Ausbildungsförderung mit Begründung schriftlich mit.**

92 Wenn das aktuelle Einkommen der erklärenden Person voraussichtlich wesentlich niedriger ist als im maßgeblichen Kalenderjahr (Zeile 47 und 48), kann auf **besonderen Antrag** der/des Auszubildenden von den **Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum (BWZ)** ausgegangen werden. Der Antrag (Formblatt 7 - Antrag auf Aktualisierung) muss spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

93 Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf **besonderen Antrag** über die üblichen Freibeträge hinaus vom Einkommen der erklärenden Person ein weiterer Teil anrechnungsfrei bleiben (z. B. für Aufwendungen für behinderte Personen). Dieser Antrag muss ebenfalls spätestens bis zum Ende des BWZ gestellt werden.

94 Mir ist bekannt,

95 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die ich Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen;

96 - dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind;

97 - dass die Adressangaben dem Bundesverwaltungsamt für die Rückforderung von BAföG-Darlehen übermittelt werden, um die Anschrift der Darlehensnehmerin oder des Darlehensnehmers zu ermitteln;

98 - dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber sowie durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen;

99 - dass das Amt für Ausbildungsförderung von mir Beträge fordern kann, die meiner Tochter/meinem Sohn vorausgeleistet werden, wenn ich den nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 1610 Abs. 2) während der Ausbildung zu zahlenden Unterhaltsbetrag nicht leiste, und dass dies auch für die Vergangenheit möglich ist, soweit Leistungen rückwirkend erbracht werden. Ich weiß, dass diese Forderung die Höhe der Bedarfssätze für Schülerinnen/Schüler zwischen *** Euro und *** Euro und für Studierende zwischen *** Euro und *** Euro erreichen kann. Bei besonderen ausbildungsbedingten Aufwendungen können sich diese Sätze erhöhen.

100 Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen wurden.

Ort, Datum

Unterschrift der/des Erklärenden

102 **Zusatzklärung für Elternteile ohne Einkommen**

103 Falls die vorstehende Erklärung von einem Elternteil der/des Auszubildenden abgegeben wird, kann der andere Elternteil die folgende Zusatzklärung abgeben. In diesem Fall entfällt seine Verpflichtung, eine eigene Erklärung nach diesem Formblatt abzugeben. Dies gilt nicht, wenn das Formblatt mit elektronischer Signatur vorgelegt wird.

104 Name, ggf. Geburtsname, Vorname

104 Ich, _____,

105 erkläre, dass ich im maßgeblichen Kalenderjahr, also im Kalenderjahr _____,

106 kein eigenes Einkommen hatte, das in diesem Formblatt anzugeben wäre.

107 Wenn Sie sich im Bewilligungszeitraum in Ausbildung befinden, bitte Art und Dauer der Ausbildung angeben.

108 Mir ist bekannt,

109 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung der Familien- und Ausbildungsverhältnisse, über die in dieser Erklärung Angaben gemacht worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung mitzuteilen;

110 - dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind.

111 Ort, Datum

111 Unterschrift der/des Erklärenden

Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus.

Hinweis: Sie sind nach § 47 Abs. 4 BAföG i. V. m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 4

Förderungsnummer

Eingangsstempel

Zeile

1	Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
2	Vorname	Geburtsdatum

Erklärung der Eltern/des Elternteils zu § 8 Abs. 3 Nr. 2 BAföG

Bitte füllen Sie dieses Formblatt nur aus, wenn es ausdrücklich angefordert wurde.

Vater: Name, ggf. Geburtsname, Vorname

Mutter: Name, ggf. Geburtsname, Vorname

Aufenthalte in der Bundesrepublik Deutschland B

7

Vater				
vom		bis		
Monat	Jahr	Monat	Jahr	

Mutter				
vom		bis		
Monat	Jahr	Monat	Jahr	

18

Rechtmäßige Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland B

19 War ein Elternteil insgesamt 3 Jahre erwerbstätig, können die Angaben des anderen Elternteils entfallen.

20

Vater				
vom		bis		
Monat	Jahr	Monat	Jahr	

Mutter				
vom		bis		
Monat	Jahr	Monat	Jahr	

B

Um die Zeiten zu belegen, müssen Sie Folgendes vorlegen: Aufenthaltstitel/Arbeitsgenehmigungen **und** eine Bestätigung des Arbeitgebers bzw. eine Bescheinigung der berufsständischen Vertretung **und** den Umsatzsteuerbescheid. Für die angegebenen Zeiten ist die jeweilige Höhe des Verdienstes nachzuweisen, z. B. durch Versicherungsunterlagen, Steuerbescheide, Entgeltbescheinigungen des Arbeitgebers.

Name, Vorname der/des Auszubildenden

Zeile

32 Zeiten, in denen eine Erwerbstätigkeit von dem Vater/der Mutter nicht ausgeübt werden konnte, sind zu belegen (z. B. wegen Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsverbot nach den Mutterschutzbestimmungen). **B**

Vater									
vom			bis			Erläuterung			
Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr				

Mutter									
vom			bis			Erläuterung			
Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr				

53 Haushaltsführung eines Elternteils mit mindestens einem Kind unter 10 Jahren oder einem Kind, das behindert und auf Hilfe angewiesen ist, im eigenen Haushalt:

54 Beginn

Tag	Monat	Jahr			
-----	-------	------	--	--	--

 Ende

Tag	Monat	Jahr			
-----	-------	------	--	--	--

55 **Mir ist bekannt, dass falsche und unvollständige Angaben strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben geleistet wurden.**

56 **Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen wurden.**

57 Ort, Datum

Unterschrift des Vaters

58 Ort, Datum

Unterschrift der Mutter

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

Falls in Ihrem Studiengang ECTS-Leistungspunkte vergeben werden, können Sie anstelle dieses Formblatts eine Bescheinigung bzw. einen Ausdruck über die individuell erreichte Punktzahl beim Amt für Ausbildungsförderung einreichen; diese gelten als Ersatz für das Formblatt. Die erforderlichen Leistungen sind erbracht, wenn die erreichte Punktzahl mindestens der Punktzahl entspricht, die nach der Festlegung des zuständigen hauptamtlichen Mitglieds des Lehrkörpers der Ausbildungsstätte als üblich anzusehen ist.

Zeile

Leistungsbescheinigung nach § 48 BAföG

(Auszug aus §§ 9, 15, 15a, 47 und 48 BAföG siehe Rückseite)

Formblatt 5

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
Vorname	Geburtsdatum

Förderungsnummer
Eingangsstempel

Bezeichnung der Ausbildungsstätte
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

Diese Leistungsbescheinigung bezieht sich auf

die Fachrichtung / den Fachbereich

das 1. Hauptfach / 1. Fach

das 2. Hauptfach / 2. Fach

die Nebenfächer / 3. Fach und weitere Fächer

Nur von der Ausbildungsstätte auszufüllen!

Zur Erteilung der Leistungsbescheinigung sind die Ausbildungsstätten und Fernlehrinstitute gemäß § 47 BAföG verpflichtet.

Es wird bestätigt, **Es kann nicht bestätigt werden**
(bitte ab Zeile 15 alle fehlenden Leistungen angeben),

dass die/der Auszubildende die bei geordnetem Verlauf der Ausbildung bis zum Ende des Fachsemesters

üblichen Leistungen am

Tag		
Monat		
Jahr		

 erbracht hat.

Ort, Datum

- Stempel -

Unterschrift des zuständigen hauptamtlichen Mitglieds des Lehrkörpers der Ausbildungsstätte

Hinweis:

Für die Beurteilung, welche Leistungen am Ende eines bestimmten Semesters gefordert werden, ist allein die Hochschule zuständig.

21

Auszug aus dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

§ 9 Eignung

(1) Die Ausbildung wird gefördert, wenn die Leistungen des Auszubildenden erwarten lassen, dass er das angestrebte Ausbildungsziel erreicht.

(2) Dies wird in der Regel angenommen, solange der Auszubildende die Ausbildungsstätte besucht oder an dem Praktikum teilnimmt und bei dem Besuch einer Höheren Fachschule, Akademie oder Hochschule die den jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen entsprechenden Studienfortschritte erkennen lässt. Hierüber sind die nach § 48 erforderlichen Nachweise zu erbringen.

(3) Bei der Teilnahme an Fernunterrichtslehrgängen wird dies angenommen, wenn der Auszubildende die Bescheinigung nach § 3 Abs. 3 beigebracht hat.

§ 47 Auskunftspflichten

(1) Ausbildungsstätten, Fernlehrinstitute und Prüfungsstellen sind verpflichtet, die nach § 3 Abs. 3, § 15 Abs. 3a sowie den §§ 48 und 49 erforderlichen Bescheinigungen, Bestätigungen und gutachterlichen Stellungnahmen abzugeben. Das jeweils nach Landesrecht zuständige hauptamtliche Mitglied des Lehrkörpers der Ausbildungsstätte stellt die Eigenschaftsbescheinigung nach § 48 Absatz 1 Nummer 2 aus und legt für den Nachweis nach § 48 Absatz 1 Nummer 3 die zum jeweils maßgeblichen Zeitpunkt übliche Zahl an ECTS-Leistungspunkten fest.

§ 48 Mitwirkung von Ausbildungsstätten

(1) Vom fünften Fachsemester an wird Ausbildungsförderung für den Besuch einer Höheren Fachschule, Akademie oder einer Hochschule nur von dem Zeitpunkt an geleistet, in dem der Auszubildende vorgelegt hat

1. ein Zeugnis über eine bestandene Zwischenprüfung, die nach den Ausbildungsbestimmungen erst vom Ende des dritten Fachsemesters an abgeschlossen werden kann und vor dem Ende des vierten Fachsemesters abgeschlossen worden ist,
2. eine nach Beginn des vierten Fachsemesters ausgestellte Bescheinigung der Ausbildungsstätte darüber, dass er die bei geordnetem Verlauf seiner Ausbildung bis zum Ende des jeweils erreichten Fachsemesters üblichen Leistungen erbracht hat,

oder

3. einen nach Beginn des vierten Fachsemesters ausgestellten Nachweis über die bis dahin erworbene Anzahl von Leistungspunkten nach dem Europäischen System zur Anrechnung von Studienleistungen (ECTS), wenn die bei geordnetem Verlauf der Ausbildung bis zum Ende des jeweils erreichten Fachsemesters übliche Zahl an ECTS-Leistungspunkten nicht unterschritten wird.

Die Nachweise gelten als zum Ende des vorhergehenden Semesters vorgelegt, wenn sie innerhalb der ersten vier Monate des folgenden Semesters vorgelegt werden und sich aus ihnen ergibt, dass die darin ausgewiesenen Leistungen bereits in dem vorhergehenden Semester erbracht worden sind.

(2) Liegen Tatsachen vor, die voraussichtlich eine spätere Überschreitung der Förderungshöchstdauer nach § 15 Abs. 3 oder eine Verlängerung der Förderungshöchstdauer nach § 15a Abs. 3 rechtfertigen, kann das Amt für Ausbildungsförderung die Vorlage der Bescheinigung zu einem entsprechend späteren Zeitpunkt zulassen.

§ 15 Förderungsdauer

(3) Über die Förderungshöchstdauer hinaus wird für eine angemessene Zeit Ausbildungsförderung geleistet, wenn sie

1. aus schwerwiegenden Gründen,
2. (aufgehoben)
3. infolge einer Mitwirkung in gesetzlich vorgesehenen Gremien und satzungsgemäßen Organen der Hochschulen und der Länder sowie in satzungsgemäßen Organen der Selbstverwaltung der Studierenden an diesen Ausbildungsstätten sowie der Studentenwerke,
4. infolge des erstmaligen Nichtbestehens der Abschlussprüfung,
5. infolge einer Behinderung, einer Schwangerschaft oder der Pflege und Erziehung eines Kindes bis zu zehn Jahren überschritten worden ist.

§ 15a Förderungshöchstdauer

(3) Setzt ein Studiengang Sprachkenntnisse über die Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch oder Latein hinaus voraus und werden diese Kenntnisse von dem Auszubildenden während des Besuchs der Hochschule erworben, verlängert sich die Förderungshöchstdauer für jede Sprache um ein Semester. Satz 1 gilt für Auszubildende, die die Hochschulzugangsberechtigung vor dem 1. Oktober 2001 in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet erworben haben, mit der Maßgabe, dass auch der Erwerb erforderlicher Lateinkenntnisse später während des Besuchs der Hochschule zu einer Verlängerung der Förderungshöchstdauer führt.

Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

Hinweis: Sie sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann Ihnen die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Formblatt 6

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1	Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
2	Vorname	Geburtsdatum
3	PLZ, ständiger Wohnsitz	
4	Straße, Hausnummer	

5	Zuletzt besuchte Ausbildungsstätte	Name, Anschrift
6		Fachrichtung

Zusatzblatt für eine Ausbildung im Ausland

A. Schulbesuch/Studium

(Angaben in den Zeilen 9 bis 24 bei einem Praktikum entbehrlich; weiter in Zeile 25)

9	Name, Art und Anschrift der Ausbildungsstätte im Ausland																		
10																			
11																			
12	Ich beantrage Förderung für die Zeit vom	Tag	Monat	Jahr					bis	Tag	Monat	Jahr							
13	Unterrichts-/Vorlesungsbeginn	Tag	Monat	Jahr					Unterrichts-/Vorlesungsende	Tag	Monat	Jahr							
14	Fachrichtung																		
15	In dieser Fachrichtung habe ich bei Beginn der Auslandsausbildung	Schuljahr(e) verbracht/ Semester studiert, davon					Schuljahr(e) im Ausland/ Semester im Ausland,												
16	und zwar in																		
17	und habe Auslandsförderung nach dem BAföG erhalten	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja, B	von	Monat	Jahr					bis	Monat	Jahr				
18	Angestrebter Abschluss																		
19	Ich plane, meine jetzige Ausbildung abzuschließen	<input type="checkbox"/>	an der ausländischen Ausbildungsstätte										Name der Ausbildungsstätte						
20		<input type="checkbox"/>	an der inländischen Ausbildungsstätte										Name der Ausbildungsstätte						
21	Die Auslandsausbildung ist nach den Ausbildungsbestimmungen meiner inländischen Ausbildungsstätte als notwendig vorgeschrieben	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja, inländische Ausbildungsstätte:														
22		Name, Anschrift																	
23		Fachrichtung																	
24	Studiengebühren B	Betrag					Währung												

B. Praktikum

25		Bezeichnung und Anschrift der Praktikumsstelle, Staat																	
26	Ich beantrage Förderung für ein Praktikum																		
27																			
28	für die Zeit vom	Tag	Monat	Jahr					bis	Tag	Monat	Jahr							
29	Das Praktikum steht im Zusammenhang mit der Ausbildung in der Fachrichtung an (Bezeichnung und Anschrift der Ausbildungsstätte)																		
30																			
31																			
32	In dieser Fachrichtung habe ich bei Beginn der Auslandsausbildung	Schuljahr(e) verbracht/ Semester studiert, davon					Schuljahr(e) im Ausland/ Semester im Ausland,												
33	und zwar in																		
34	und habe Auslandsförderung nach dem BAföG erhalten	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja, B	von	Monat	Jahr					bis	Monat	Jahr				

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

35 Für die unter A oder B bezeichnete Ausbildung wird von anderer Stelle (z. B. ERASMUS, Hochschule, DAAD) eine Ausbildungsbeihilfe gewährt bzw. wurde von mir beantragt ja nein

36 in Höhe von

Betrag	Währung
--------	---------

B

37 durch

bewilligende Stelle

38 **Mir ist bekannt,**

39 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung von Tatsachen, über die ich in diesem Formblatt Erklärungen abgegeben habe, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung mitzuteilen;

40 - dass falsche oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden.

41 Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen worden sind.

42

Ort, Datum	Unterschrift der/des Auszubildenden
------------	-------------------------------------

43

Bei Auszubildenden unter 15 Jahren <u>auch</u> Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters der/des Auszubildenden

44 **Hinweis:** Die Weiterförderung im Inland oder Ausland setzt einen rechtzeitigen Antrag auf Weiterförderung bei dem dann zuständigen Amt für Ausbildungsförderung voraus.

Bescheinigung der Ausbildungsstätte/Prüfungsstelle zum Praktikum*)

45 Die Ausbildungsstätten sind nach § 47 BAföG verpflichtet, diese Bescheinigung auszustellen.

46 Das Praktikum bei

Bezeichnung und Anschrift der Praktikumsstelle, Staat

47 vom

Tag	Monat	Jahr
-----	-------	------

 bis

Tag	Monat	Jahr
-----	-------	------

48 entspricht den Anforderungen der Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom

Tag	Monat	Jahr
-----	-------	------

49 Fundstelle

--

 an die Praktikumsstelle

50 und ist vorgeschrieben ja nein

51 und ist noch abzuleisten ja nein

52 und ist in Ausbildungsbestimmungen inhaltlich geregelt ja nein

53 Die vorgeschriebene Mindestdauer des Praktikums beträgt

--

 Wochen

--

 Monate

54

Ort, Datum	- Stempel -	Unterschrift der Ausbildungsstätte/Prüfungsstelle
------------	-------------	---

55 - Diese gutachtliche Stellungnahme ist nur nach besonderer Anforderung des Amtes einzuholen -

56 **Gutachtliche Stellungnahme der Ausbildungsstätte, die die/der Auszubildende bisher besucht hat**

57 Der Besuch der ausländischen Ausbildungsstätte

Name der Ausbildungsstätte

58 in

Ort/Staat

59 ist für die Ausbildung in der Fachrichtung

--

60 nach dem Ausbildungsstand der Antragstellerin/des Antragstellers förderlich nicht förderlich

61 Begründung:

--

62

--

63

--

64

Ort, Datum	- Stempel -	Unterschrift eines hauptamtlichen Mitglieds des Lehrkörpers der Ausbildungsstätte
------------	-------------	---

*) Die Förderung beschränkt sich auf die vorgeschriebene Mindestdauer des Praktikums. Vorpraktika im Ausland sind nicht förderungsfähig.

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

Formblatt 7

Hinweis: Die Antragstellenden und die in Zeile 7 genannten Personen sind nach § 63 Erstes Buch Sozialgesetzbuch bzw. § 47 Abs. 4 BAföG i. V. m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1	Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
2	Vorname	Geburtsdatum

3 Antrag der/des Auszubildenden auf Aktualisierung nach § 24 Abs. 3 BAföG

4 Der Antrag auf Aktualisierung kann nur bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums gestellt werden (Ausschlussfrist).
5 Für die Entscheidung über diesen Antrag muss auch die Erklärung auf Formblatt 3 für das vorletzte Kalenderjahr vorliegen.

6 Für den Bewilligungszeitraum von

Monat	Jahr

 bis

Monat	Jahr

 beantrage ich,

dass bei der Anrechnung des Einkommens meines/meiner

7 Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners Vaters Mutter

Die Aktualisierung ist ggf. für jede Person, die Einkommen bezieht, gesondert zu beantragen!

von den Einkommensverhältnissen im Bewilligungszeitraum ausgegangen wird, weil sein/ihr Einkommen im Bewilligungszeitraum voraussichtlich wesentlich geringer sein wird als das im Formblatt 3 erklärte Einkommen.

8 **Mir ist bekannt, dass**

- 9 - **Ausbildungsförderung auf der Grundlage der aktuellen Einkommensverhältnisse unter dem Vorbehalt der Rückforderung geleistet wird,**
- 10 - **ich unverzüglich und unaufgefordert alle Änderungen mitteilen muss,**
- 11 - **ich unverzüglich und unaufgefordert die für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen vorlegen muss,**
- 12 - **ich verpflichtet bin, eine sich bei der endgültigen Berechnung ergebende Überzahlung zu erstatten,**
- 13 - **ich nach Bekanntgabe der positiven Entscheidung über einen Antrag auf Aktualisierung - auch bei einer Einkommensverbesserung - nicht mehr verlangen kann, dass das Einkommen aus dem vorletzten Kalenderjahr angerechnet wird.**

14

Ort, Datum
Unterschrift der/des Auszubildenden

Ort, Datum
Unterschrift der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters* der/des Auszubildenden

* Nur erforderlich bei Auszubildenden unter 15 Jahren (immer) und bei minderjährigen Auszubildenden über 15 Jahren, die eine höhere Fachschule, Akademie oder Hochschule besuchen oder ein Praktikum absolvieren, das hiermit im Zusammenhang steht.

15 Erklärung der Einkommensbezieherin/des Einkommensbeziehers

16 Gründe für die Einkommensminderung (z. B. Bezug von Arbeitslosengeld, Altersruhegeld, Erwerbsminderungsrente):

17

21 Um die Einkommensminderung glaubhaft zu machen, füge ich folgende Belege bei (z. B. Rentenbescheid oder Bescheid über Arbeitslosengeld, bei Selbständigen die letzten Umsatzsteuererklärungen in Kopie):

22

26 Die Einkommensminderung wurde/wird wirksam ab

Monat	Jahr

27 **Art der Erwerbstätigkeit**

28 erwerbstätig als rentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in (z. B. Arbeiter/in, Angestellte/r) oder in Ausbildung, und zwar seit

Monat	Jahr

29 erwerbstätig als nichtrentenversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/in oder als Person im Ruhestandsalter, die einen Anspruch auf Alterssicherung aus einer renten- oder nichtrentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit hat (z. B. Beamtin/Beamter oder Beamtin/Beamter im Ruhestand, Altersrentner/in), und zwar seit

Monat	Jahr

30 erwerbstätig als Nichtarbeitnehmer/in (z. B. Selbständige/r) oder auf Antrag von der Versicherungspflicht befreite/r oder auf Antrag wegen geringfügiger Beschäftigung versicherungsfreie/r Arbeitnehmer/in, **B** und zwar seit

Monat	Jahr

31 Personen im Ruhestandsalter, soweit nicht erwerbstätig, und sonstige Nichterwerbstätige und zwar seit

Monat	Jahr

B Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Zeile		Name, Vorname der/des Auszubildenden	Name, Vorname der/des Erklärenden
32	Die Jahreseinkommen, die der Berechnung des Einkommens im Bewilligungszeitraum zugrunde zu legen sind, werden sich voraussichtlich wie folgt zusammensetzen (künftige Erhöhungen wie z. B. Tarifierhöhungen bitte berücksichtigen):		
33	Ich habe Einnahmen im Sinne der Zeilen 36 bis 46, 51 bis 58 <input checked="" type="checkbox"/>		1. Jahr 2. Jahr
34	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, und zwar:	01.01. bis 31.12.20 <input type="text"/>	01.01. bis 31.12.20 <input type="text"/>
35	Einkünfte bis zum Zeitpunkt der Antragstellung:	in vollen Euro (Jahressummen)	in vollen Euro (Jahressummen)
36	positive Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
37	positive Einkünfte aus Gewerbebetrieb	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
38	positive Einkünfte aus selbständiger Arbeit	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
39	positive Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschl. Versorgungsbezügen, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld - auch Abfindungen und Einnahmen aus Mini-Jobs	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
40	Einnahmen, die gemäß Auslandstätigkeitserlass nicht versteuert werden	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
41	positive Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
42	Brutto-Einkünfte aus Kapitalvermögen (z. B. Sparglücken)	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
43	Sonstige Einkünfte (ohne Rentenanteile)	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
44	Brutto-Renten aus gesetzlichen und/oder	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
45	privaten Rentenversicherungen	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
46	Unfallrenten	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
47	voraussichtl. Lohn-/Einkommensteuer	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
48	Kirchensteuer	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
49	Solidaritätszuschlag	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
50	Gewerbesteuer	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
51	Arbeitslosengeld/Unterhaltsgeld	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
52	Krankengeld (netto)	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
53	Insolvenzgeld	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
54	Übergangsgeld	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
55	Kurzarbeitergeld	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
56	Aufstockungsbeträge nach dem Altersteilzeitgesetz bzw. vergleichbare Leistungen nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder Betriebsrenten	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
57	weitere Einnahmen nach der BAFöG-Einkommensverordnung (abgedruckt in den Erläuterungen zu Formblatt 7), und zwar	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
58		Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
59	geförderte Altersvorsorgebeiträge nach § 82 EStG (Beiträge zur "Riester-Rente") <input checked="" type="checkbox"/>	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
60	Kinderbetreuungskosten nach § 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG <input checked="" type="checkbox"/>	Euro <input type="text"/>	Euro <input type="text"/>
61	Mir ist bekannt,		
62	- dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner Einkommensverhältnisse, über die ich Erklärungen abgegeben habe (Zeile 36 bis 60), unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen (z. B. Tarifänderung, Sonderzahlungen, Abfindungen nach Kündigung, Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach Arbeitslosigkeit etc.);		
63	- dass ich verpflichtet bin, die für die endgültige Feststellung des Einkommens im Bewilligungszeitraum erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) unverzüglich und unaufgefordert dem Amt für Ausbildungsförderung vorzulegen;		
64	- dass falsche oder unvollständige Angaben, das Unterlassen von Änderungsanzeigen sowie die nicht unverzügliche und unaufgeforderte Vorlage der für die endgültige Feststellung des Einkommens erforderlichen Unterlagen (insbesondere Steuer- und Rentenbescheide und Leistungsbezugsbescheinigungen) strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können;		
65	- dass ich verpflichtet bin, Beträge zu ersetzen, die durch vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben oder durch Unterlassung einer Änderungsanzeige geleistet wurden und dass die Leistungen aus öffentlichen Kassen, die zu Unrecht gezahlt wurden, zu verzinsen sind;		
66	- dass meine Angaben in dieser Erklärung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen.		
67	Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe und dass im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen wurden.		
68	Ort, Datum	Unterschrift der/des erklärenden Einkommensbezieherin/s	

Bitte Beleg/e in Kopie beifügen, sofern in den Erläuterungen oder durch Ihr Amt für Ausbildungsförderung nichts Weiteres bestimmt ist.

Bitte füllen Sie dieses Formblatt sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

Formblatt 8

Hinweis: Sie sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann Ihnen die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1
2

Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
Vorname	Geburtsdatum

Antrag auf Vorausleistungen nach § 36 BAföG

Dieser Vordruck dient nicht dazu, Abschlags-/Vorschusszahlungen zu beantragen. Der Antrag kann nur bis zum Ablauf des Bewilligungszeitraums gestellt werden (Ausschlussfrist). Bevor Sie den Antrag stellen, nehmen Sie bitte Kontakt mit dem Amt für Ausbildungsförderung auf.

4
5

Erklärung
Der Antrag auf Vorausleistung bezieht sich auf meine Eltern meinen Vater meine Mutter

Bewilligungszeitraum ist der Zeitraum, für den die Förderung beantragt wird (Zeile 7 bis 9) oder bewilligt wurde (Zeile 10 bis 13).

6

Für den Bewilligungszeitraum vom

Monat	Jahr

 bis

Monat	Jahr

7
8

war es mir trotz entsprechender Aufforderung nicht möglich, die Auskünfte zu erlangen, die für die Anrechnung des Einkommens meines Vaters/meiner Mutter/meiner Eltern erforderlich sind (bitte Nachweis für die Aufforderung beifügen).
Mein Vater/meine Mutter stellt / meine Eltern stellen mir trotz entsprechender Aufforderung den erforderlichen monatlichen Gesamtunterhaltsbedarf

Bitte ausfüllen bei Gefährdung der Ausbildung **durch fehlende Auskünfte und fehlende Unterhaltsleistungen** der Eltern/Adoptiveltern oder eines Elternteils.

9

nicht zur Verfügung. nur in Höhe von Euro

--	--	--	--	--	--

 zur Verfügung

10
11

stellt mir mein Vater/meine Mutter / stellen mir meine Eltern den mit Bescheid vom

Tag	Monat	Jahr

 angerechneten Unterhaltsbetrag von monatlich Euro

--	--	--	--	--	--

 trotz entsprechender Aufforderung

Bitte ausfüllen bei Gefährdung der Ausbildung **durch fehlende Unterhaltsleistungen** der Eltern/Adoptiveltern oder eines Elternteils.

13

nicht zur Verfügung. nur in Höhe von Euro

--	--	--	--	--	--

 zur Verfügung

14
15

Unterhaltsleistungen erhalte ich von anderen **Personen, auf die sich dieser Antrag nicht bezieht** nein ja, von meinem Vater meiner Mutter anderen Personen

Hier bitte auch Taschengeld angeben.

16
17

Geldleistungen erhalte ich seit

Tag	Monat	Jahr

 und zwar monatlich Euro

--	--	--	--	--	--

18
19

Sachleistungen erhalte ich seit

Tag	Monat	Jahr

Sonstige Sachwerte sind u. a. Beiträge zu Versicherungen, Kfz-Bereitstellung

20

in Form von Unterkunft Verpflegung Frühstück Mittagessen Abendessen sonstigen Sachleistungen im Wert von monatlich Euro

--	--	--	--	--	--

21

Kindergeld in Höhe von Euro

--	--	--	--	--	--

 erhalte ich direkt von der zahlenden Stelle.

Bitte immer ausfüllen, wenn für Sie Kindergeld gezahlt wird.

22
23

Kindergeld wird bezahlt an meinen Vater meine Mutter andere Personen (z. B. Groß- oder Stiefeltern)

24

und wird in Höhe von Euro

--	--	--	--	--	--

 an mich weitergeleitet.

25

Das an mich weitergeleitete Kindergeld ist in einem der Beträge der Zeilen 9, 13 oder 16 enthalten ja nein

26

Die folgenden Angaben beziehen sich auf die in Zeile 5 genannten Personen.

§ 1612 Abs. 2 BGB (Art der Unterhaltsgewährung):
(2) Haben Eltern einem unverheirateten Kind Unterhalt zu gewähren, können sie bestimmen, in welcher Art und für welche Zeit im Voraus der Unterhalt gewährt werden soll, sofern auf die Belange des Kindes die gebotene Rücksicht genommen wird. Ist das Kind minderjährig, kann ein Elternteil, dem die Sorge für die Person des Kindes nicht zusteht, eine Bestimmung nur für die Zeit treffen, in der das Kind in seinen Haushalt aufgenommen ist.

27

Mir wurde Unterhalt durch Sachleistungen angeboten ja nein

28
29

wenn ja, Art und Weise der angebotenen Sachleistung

30

Von dem Angebot habe ich aus folgenden Gründen keinen Gebrauch gemacht:

31
32

Zeile

33 Die Unterhaltsbestimmung (Zeile 26 bis 32) wurde gerichtlich

34 nicht abgeändert abgeändert durch Beschluss vom

Tag	Monat	Jahr

35 Name des Gerichts

36 Angaben zu laufenden bzw. abgeschlossenen **Unterhaltsverfahren**37 Eine Rechtsanwältin/
Ein Rechtsanwalt ist eingeschaltet

Name, Anschrift, Telefon

38

39 Eine Unterhaltsregelung liegt vor vom

Tag	Monat	Jahr

40 liegt nicht vor41 Rechtsmittel wird/wurde eingelegt ja nein42 Ein Unterhaltsprozess ist anhängig (Antrag ist gestellt).43 Meine Eltern mein Vater meine Mutter

44 haben/hat die Weigerung, mich ausreichend zu unterstützen,

45 nicht begründet folgendermaßen begründet:

46

47

48

(ggf. auf gesondertem Blatt weiterführen)

49 Zusätzlich erkläre ich Folgendes:

50

51

(ggf. auf gesondertem Blatt weiterführen)

52 **Aktuelles Einkommen der Ehegattin/des Ehegatten oder der eingetragenen Lebenspartnerin/des eingetragenen Lebenspartners der/des Auszubildenden**

53 Das voraussichtliche Einkommen der vorgenannten Person in dem in Zeile 6 genannten Bewilligungszeitraum beträgt

Euro

54 Art des Einkommens:

55

56

57

58 Mir ist bekannt,

59 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung meiner wirtschaftlichen Lage sowie der Familienverhältnisse, über die ich in diesem Antrag Erklärungen abgegeben habe, **unverzüglich** dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen;

60 - dass falsche oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden;

61 - dass die in diesem Antrag gemachten Angaben über die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Förderung beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei meinem Arbeitgeber durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden können, wenn die Voraussetzungen vorliegen;

62 - dass mit der Zahlung der Vorausleistungen meine Unterhaltsansprüche bis zu dieser Höhe auf das Land übergehen. Die in Zeile 5 genannten Personen werden ggf. zum Ersatz der Vorausleistungen herangezogen. Dazu muss vom Amt für Ausbildungsförderung ggf. ein Unterhaltsprozess geführt werden;

63 - dass die nach § 36 BAföG vorausgeleisteten Beträge gemäß § 17 Abs. 2 BAföG **im Regelfall zur Hälfte als staatliches Darlehen** geleistet werden. Dieser Darlehensanteil wird nur dann gemindert, wenn der oder die Unterhaltspflichtige/n auf die Forderung nach § 37 BAföG i. V. m. §§ 1601 ff. BGB des Amtes für Ausbildungsförderung Beträge tatsächlich leistet/leisten. Geleistete Beträge werden je zur Hälfte auf den Zuschussanteil und den Darlehensanteil angerechnet.

§ 17 Abs. 2 BAföG gilt für den Besuch von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen sowie bei der Teilnahme an einem Praktikum, das im Zusammenhang mit dem Besuch dieser Ausbildungsstätten steht.

64 **Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen worden sind.**

65 Ort, Datum

Unterschrift der/des Auszubildenden

Bitte Kopie beifügen.

Bitte Kopie beifügen (z. B. Urteil, Beschluss, gerichtlicher oder außergerichtlicher Vergleich, Scheidungsfolgenvereinbarung, Jugendamtsurkunde).

Bitte Kopie der Antragschrift beifügen.

Anlage

**Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Abs. 1 NKRG:
Entwurf der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter
nach § 46 Absatz 3 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BMBF) (NKR-Nr. 3564)**

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten
Regelungsvorhabens geprüft.

I. Zusammenfassung

Bürgerinnen und Bürger Jährlicher Erfüllungsaufwand:	kein Erfüllungsaufwand
Wirtschaft Jährlicher Erfüllungsaufwand	kein Erfüllungsaufwand
Verwaltung Einmaliger Erfüllungsaufwand Bund: Einmaliger Erfüllungsaufwand Länder:	14.000 Euro 100.000 Euro
<p>Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) macht im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags insgesamt keine Bedenken gegen die Darstellungen der Gesetzesfolgen im vorliegenden Regelungsvorhaben geltend.</p> <p>Jedoch muss neben der Einführung des Online-Antrag-Verfahrens nach Ansicht des NKR eine Optimierung der elektronisch gestützten Antragsbearbeitung bis hin zur Ausstellung des Bescheids vorgenommen werden, um das Vereinfachungspotenzial wirklich auszuschöpfen. Anzustreben ist dabei eine länderübergreifende Kompatibilität der EDV-Systeme, die vor allem bei einem Wechsel des Studienortes relevant wird.</p> <p>Es obliegt zwar den Ländern, die Einführung des Online-Verfahrens umzusetzen. Aus Sicht des NKR sollte der Bund (BMBF) dennoch prüfen, wie er die Länder beim Finden einer „kundenfreundlichen“, effizienten und tatsächlich vollständig elektronischen Lösung vom Antrag bis zum Bescheid unterstützen kann. Zu prüfen wäre die Anwendungsfähigkeit z.B. des hessischen oder des bayerischen Modells eventuell für die anderen Bundesländer.</p>	

Aufgrund der Rechtsänderungen durch das 25. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (25. BAföGÄndG) vom 23. Dezember 2014 ergibt sich die Notwendigkeit, die zur Feststellung des Anspruchs auf Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erforderlichen Antragsformblätter entsprechend anzupassen. Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Bestimmung der Formblätter nach § 46 Absatz 3 BAföG soll dazu neu erlassen werden. Die letzte Überarbeitung der Formblatt-Verwaltungsvorschrift erfolgte 2010/2011.

II. Im Einzelnen

Das 25. BAföGÄndG sieht unter anderem die verbindliche Verpflichtung für die Länder vor, bis zum 1. August 2016 eine elektronische BAföG-Antragstellung zu ermöglichen.

Die BAföG-Formblattkommission, bestehend aus Vertretern des Bundes (BMBF) und aus von den Ländern benannten Vertretern der Bafög-Ämter, nahm aufgrund der Rechtsänderungen durch das 25. Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (25. BAföGÄndG) die Überarbeitung der Formblätter vor. Ferner erfolgte eine Beteiligung der zuständigen obersten Landesbehörden.

Maßgeblich für die Überarbeitung der Formblätter war demnach zum einen das Erfordernis die Anträge so auszugestalten, dass diese eine elektronische Antragstellung zulassen (z. B. durch Aufteilung von Formularfeldern in Einzelfelder, einen Graustufenverzicht, etc.).

Zum anderen nutzte die Formblattkommission die Überarbeitung für Vereinfachungen bzw. Klarstellungen, die aus Erfahrungen von Experten der Verwaltungspraxis mit Blick auf eine möglichst einfache Handhabbarkeit resultieren (z.B. Überarbeitung der Reihenfolge der Abfrage von Daten insgesamt, Überarbeitung der Reihenfolge der Abfrage von Daten nach dem Vermögen etc.).

Diese frühzeitige Einbindung von Landesbehörden und Verwaltungsexperten ist zu begrüßen. Umso unverständlicher ist es jedoch aus Sicht des NKR, dass Studierende (=Antragsteller) in die Überarbeitung nicht einbezogen waren, um die Handhabbarkeit der Formulare auf die Nutzer auszurichten. Erforderlich ist größtmögliche Vereinfachung, da die Antragsteller im Umgang mit Formblättern dieser Art noch weitgehend unerfahren sind.

Für den Austausch der bisherigen Antragsformblätter entstehen einmalige Kosten bei den Ländern in Höhe von rund 100.000 Euro (für die Entsorgung veralteter Formulare in Papierform und den Erwerb neuer Formulare). Auf den Bund kommen Kosten in Höhe von ca. 14.000 Euro für die barrierefreie Veröffentlichung der Antragsformblätter im Internet zu.

Für die Bürger und die Wirtschaft ergeben sich keine Änderungen des Erfüllungsaufwands.

Neben der Einführung des Online-Antrag-Verfahrens muss nach Ansicht des NKR eine Optimierung der elektronisch gestützten Antragsbearbeitung bis hin zur Ausstellung des Bescheids vorgenommen werden, um das Vereinfachungspotenzial wirklich auszuschöpfen. Anzustreben ist dabei eine länderübergreifende Kompatibilität der EDV-Systeme, die vor allem bei einem Wechsel des Studienortes relevant wird.

Es obliegt zwar den Ländern, die Einführung des Online-Verfahrens umzusetzen. Aus Sicht des NKR sollte der Bund (BMBF) dennoch prüfen, wie er die Länder beim Finden einer „kundenfreundlichen“, effizienten und tatsächlich vollständig elektronischen Lösung vom Antrag bis zum Bescheid unterstützen kann. Zu prüfen wäre die Anwendungsfähigkeit z.B. des hessischen oder des bayerischen Modells eventuell für die anderen Bundesländer.

Der Nationale Normenkontrollrat macht im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags insgesamt keine Bedenken gegen die Darstellungen der Gesetzesfolgen im vorliegenden Regelungsvorhaben geltend.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Grieser
Berichterstatterin